Bezugspreis für Sept. durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler", „Der Frauen Welt und Heim", „Jugendland", „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld, Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger, Westmünsterländer Anzeiger, Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise) wöchentäglich.
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße. — Fernsprecher Nr. 2448, 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14. Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstr. 34a, Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hüsgen, Berlin SW 48, Verl. Hedemannstraße 5. Fernsprecher Nollendorf 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm. Höhe, 29 mm breit, kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster, sowie für alle amtlichen, Finanz-, Sammel-, Markenartikel- und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg., für sonst. Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg., Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahl. 7 Pfg., kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlung 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm).
Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr, sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Erstes Blatt — **Sonntag, den 18. September 1927** — **76. Jahrgang. Nr. 946**

Zur Besoldungsreform.

Ein Blick in die Zeitungen aller Parteien in diesen Tagen ergibt die Tatsache, daß keine Partei da ist, die irgendwie die Notwendigkeit und Berechtigung der Besoldungserhöhung für die Beamten in Zweifel zieht. Man könnte das darauf zurückführen, daß Neuwahlen für den Reichstag und den Preußischen Landtag vor der Türe stehen, daß also keine Partei es mit den vier Millionen Wählern, die hier in Frage kommen, verderben möchte. Aber dem ist wohl nicht so. Ein Vergleich des Realeinkommens der Beamten von heute und der Beamten der Vorkriegszeit ergibt ganz einwandfrei, daß die heutigen Beamten ganz erheblich schlechter gestellt sind, und schon vor dem Kriege waren die Beamten um ihr Einkommen nicht gerade beneidet.

Aber wo diese Voraussetzungen der Besoldungsbeurteilung anerkannt werden, wird man nicht darauf verzichten wollen, die Frage der Beamtenbesoldung und der Besoldungserhöhungen öffentlich zu diskutieren. Denn einmal hat jeder steuerpflichtige Volksgenosse Anteil an der Besoldung, dann aber auch greift jede Aenderung der Beamtenbesoldung tief in den Etat des Reiches und der Länder ein. Es ergibt also ein öffentliches Recht und auch eine öffentliche Pflicht zur Prüfung der Maßnahmen, welche die Beamtenbesoldung betreffen. Im Augenblick konzentriert sich das öffentliche Interesse auf die Frage, ob die Erhöhung der Beamtenbesoldung preissteigernde Wirkung ausüben wird. Zu einer solchen Fragestellung hat der Reichsfinanzminister Dr. Köhler selbst Anlaß gegeben, als er in Magdeburg erklärte, daß die Regierung Preissteigerungen nach der Besoldungsreform nicht dulden werde. Die Besoldungserhöhung zum Anlaß von Preissteigerungen zu nehmen ist in diesem Falle völlig unberechtigt, weil der Staat das erforderliche Geld aus bereits eingegangenen Steuermitteln beschaffen kann. Die Lasten für die Besoldungserhöhung sind also bereits von der Wirtschaft getragen. Nun werden allerdings die Beamten kaufkräftiger werden und den Konsum vermehren. Aber auch dieser Umstand braucht nicht preissteigernd zu wirken, er müßte im Gegenteil wegen der Erhöhung des Güterumsatzes eine herabsetzende Wirkung auf die Preise ausüben. Nun stehen wir allerdings vor der Tatsache, daß sich in unserer Wirtschaft die Preise nicht mehr wie früher nach Angebot und Nachfrage richten. Unsere Wirtschaft ist kartelliert, sie ist zu einem hohen Prozentsatz von monopolartigen Vereinigungen kontrolliert. Und in diesem Punkte lauert die Gefahr. Es gibt genug Kartelle die um eines besseren Auslandsabsatzes willen keine Gelegenheit vorübergehen lassen, die Preise auf dem Inlandsmarkt zu erhöhen. Ob der Reichsfinanzminister die Kraft besitzt nach dieser Richtung hin eine scharfe Kontrolle auszuüben, bleibe dahingestellt. Die Erfahrungen der letzten Jahre rechtfertigen den größten Pessimismus. Man darf aber auch nicht übersehen, daß die Gemeindeverwaltungen, die dem Beispiele des Reiches nachfolgen müssen, die erhöhten Ausgaben für die Beamten wahrscheinlich durch Preiserhöhungen bei ihren öffentlichen Versorgungswerken, wie Gas, Wasser und Elektrizität werden wettmachen wollen. Es wird die Aufgabe des Reichsfinanzministers sein, zu überlegen, wie man hier wirkungsvolle Vorbeugungsmaßnahmen ergreifen kann, ohne die Gemeindekassen in Verlegenheit zu bringen. Die Sorgen um die Aufbringung der Kosten für die Beamtenerhöhungen haben sich beim Reichskabinett bereits angemeldet, und wenn auch feststeht, daß die Erhöhungen bereits am 1. Oktober in Kraft treten sollen, so werden die gesetzgebenden Körperschaften doch noch manche harte Nuß knacken müssen, bis das Besoldungsgesetz nicht nur in sich fertig ist, sondern den Beamten auch tatsächlich die Vorteile sichert, die ihnen zahlenmäßig gegeben werden müssen, um ihre Lage zu bessern.

*

Wie von zuständiger Stelle bekanntgegeben wird, ist eine Veröffentlichung der Besoldungsvorlage aus technischen Gründen vorerst nicht möglich, jedoch wird voraussichtlich in den ersten Tagen der nächsten Woche der Reichsfinanzminister in einem längeren Vortrag vor der Presse die Grundzüge der Besoldungsreform bekanntgeben.

Ministerrat in Preußen.

b **Berlin,** 17. Sept. Wie die B. Z. meldet, ist heute vormittag das preußische Kabinett wieder zusammengetreten, um ebenfalls anschließend zur Besoldungsvorlage Stellung zu nehmen. In dieser Besprechung, die gegenwärtig noch andauert, dürften neben den Besoldungsfragen auch die Abänderungsvorschläge erörtert werden, die das preußische Staatsministerium zum Reichsschulgesetz im Reichsrat einbringen will und die bis spätestens Dienstag der nächsten Woche überreicht werden sollen.

Reparationszahlungen und Besoldungsreform.

w **Berlin,** 17. Sept. **(Tel.)** Der Reparationsagent weilt seit Wochen im Ausland. Wie den Blättern mitgeteilt wird, war es, da die Besoldungsreform erst in den letzten Stunden ihre endgültige Gestaltung angenommen hat, garnicht möglich für ihn, davon Kenntnis zu nehmen. Er hat sich in keiner Form über die Besoldungsvorlage mit dem Finanzministerium unterhalten.

Die Einnahmen des Reiches.

Berlin, 17. Sept. **(Tel.)** Die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben im August 1927 mit rund 659,8 Millionen RM. weisen gegenüber dem Vormonat, in dem bekanntlich die vierteljährlichen Vorauszahlungen auf die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer sowie die Zahlungen an Zöllen aus den halbjährlichen Lagerabrechnungen zu entrichten waren, eine Mindereinnahme von 288,3 Millionen RM. auf. Sie übersteigen jedoch die Einnahmen des Monats Mai, des entsprechenden Monats des vorhergehenden Rechnungsvierteljahres um 37 Millionen RM., weil im August ebenso wie im Juli (wenn auch nicht in der gleichen Höhe) Abschlußzahlungen auf die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer für das Jahr 1926 entrichtet worden sind und zwar hauptsächlich von den größeren Steuerzahlern, deren Veranlagung erst später durchgeführt werden konnte. Das Aufkommen der übrigen Abgabearten zeigt geringere Schwankungen.

Das Gesamtaufkommen in den ersten fünf Monaten des Rechnungsjahres beträgt rund 3 534 Millionen RM. Zur Erreichung der Hälfte des Jahressolls in Höhe von 3 875 Millionen fehlen noch rund 350 Millionen RM., die im September aufkommen werden. Selbst wenn man berücksichtigt, daß in die ersten fünf Monate zwei Monate fallen, in denen Vorauszahlungen auf die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer fällig waren, daß ferner in dieser Zeit die Abschlußzahlungen auf diese Steuern aus dem Jahre 1926 geleistet worden sind und daß schließlich im letzten Monat des Vierteljahres erfahrungsgemäß die Steuereingänge erheblich niedriger sind als in den beiden anderen Monaten des Vierteljahres, kann man die Entwicklung in dem bisher abgelaufenen Teil des Jahres als günstig bezeichnen. Sie berechtigt zu der Hoffnung, daß in Verbindung mit den Ersparnissen auf der Ausgabeseite die dem Reiche in der nächsten Zeit bevorstehenden Mehrbelastungen werden getragen werden können.

Lüdemann Regierungspräsident von Lüneburg.

w **Hannover,** 17. Sept. Der Provinzialausschuß von Hannover hat nach einer Blättermeldung mit 7 gegen 6 Stimmen dem Vorschlag des Preußischen Staatsministeriums zugestimmt, den früheren sozialdemokratischen Finanzminister Hermann Lüdemann zum Regierungspräsidenten zu ernennen.

Frankreich und Rußland.

Kein Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Erklärungen Litwinows.

Riga, 17. Sept. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat nunmehr auch der stellvertretende Außenkommissar Litwinow das Wort zum Fall Rakowski ergriffen. Litwinow meint u. a., daß das Vorgehen der französischen Regierung nicht gegen Rakowski persönlich, sondern gegen die Sowjetunion gerichtet sei. In der Persönlichkeit Rakowskis habe die französische Regierung einen bewährten Freund. Die Unterschrift Rakowskis unter dem Aufruf, welcher Rakowski zur Last gelegt werde, sei keine Angelegenheit von besonderer Bedeutung. Die reaktionären Kreise Frankreichs suchten offensichtlich irgend einen Vorwand, um die russisch-französischen Beziehungen zu stören, obgleich die französische Regierung für die getroffene Regelung der russisch-französischen Schulden sei. Nach diesem Abkommen, das provisorisch zwischen der Sowjetregierung und der französischen Regierung geschlossen worden sei, ist die Sowjetregierung bereit, 60 Millionen Goldfranken jährlich zu zahlen. Auch die Frage der neuen Kredite sei bereits in diesem Abkommen geregelt worden. Ueber die Vorstellungen des französischen Botschafters in Moskau hat sich Briand dahin geäußert, daß er zufrieden sei mit den Erklärungen Tschitscherins und Rakowskis und daß die französische Regierung den Fall Rakowski als erledigt ansehe. Die französische Regierung, sagte Litwinow weiter, wisse sehr genau, daß die Sowjetregierung den Wunsch habe, einen Garantievertrag mit der französischen Regierung abzuschließen. Nicht ein einziger Angestellter der russischen Botschaft in Paris habe sich mit Propaganda gegen die französische Regierung beschäftigt.

*

Diese Erklärungen Litwinows sollen offenbar eine Basis zu neuen Verhandlungen zwischen Moskau und Paris abgeben. In Pariser politischen Kreisen sieht man den heutigen Beratungen des Ministerrates im Rambouillet, in dem die endgültige Stellungnahme zum Fall Rakowski festgelegt werden dürfte, mit Spannung entgegen. Wie das „Echo de Paris" heute morgen mitteilt, scheint im Kabinett Einstimmigkeit darüber zu bestehen, daß die Frage der Abberufung Rakowskis nicht mit der Frage eines Abbruchs der Beziehungen zu Rußland verknüpft wird. Aehnlich behauptet das „Petit Journal", daß entgegen den Meldungen der Pariser Rechtspresse im Schoße des Kabinetts niemals von der Möglichkeit eines Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen Moskau und Frankreich die Rede gewesen sei. Es habe lediglich ein Gedankenaustausch darüber stattgefunden, ob der gegenwärtige Botschafter der Sowjetunion nach dem bekannten Zwischenfall noch die notwendige Autorität genieße, um seine Mission weiter ausüben zu können.

Französischer Ministerrat.

Paris, 17. Sept. **(Tel.)** Heute vormittag hat in Rambouillet unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik ein Ministerrat stattgefunden. Wie das amtliche Communiqué besagt, wurde beschlossen, nicht auf den Vorschlag des von der Sowjetregierung formulierten Nichteinmischungspaktes zu antworten, da die Sowjetregierung ja in dieser Hinsicht bereits am 29. Oktober 1924 eine unbedingte und absolute Verpflichtung übernommen hatte, deren Einhaltung die französische Regierung zu überwachen sich vorbehalte. Der Ministerrat war andererseits der Ansicht, daß in keiner Weise gegenwärtig ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen gerechtfertigt ist, und hat den russischen Vorschlag eines Nichtangriffspaktes zurückgestellt, der der Politik Frankreichs wie auch dem Sicherheitsbedürfnis seiner Alliierten im Osten entspricht. Der Ministerrat hat infolgedessen den Außenminister beauftragt, diese Verhandlungen fortzusetzen.

Nach Beendigung des Ministerrates befragten Journalisten den Innenminister über den Fall Rakowski. Der Innenminister erklärte, er habe dem offiziellen Communiqué, das genügend Aufschluß gebe, nichts hinzuzufügen.

Die 47. Ratstagung.

Der ungarisch-rumänische Streitfall.

w **Genf,** 17. Sept. **(Tel.)** In der Geheimsitzung mit der die 47. Ratstagung heute eröffnet wurde, erklärte das chinesische Ratsmitglied Wang, daß er nach dem Beispiel Dr. Stresemanns im vorigen Jahre darauf verzichte, den alphabetisch ihm zustehenden Vorsitz zu übernehmen und den bisherigen Vorsitzenden bitte, die Tagung weiterzuleiten, er werde dann im Dezember den Vorsitz des Rates übernehmen. Sodann begrüßte der Vorsitzende die neueingetretenen Ratsmitglieder, den Berliner kubanischen Gesandten Agüero y Betancourt, den finnischen Außenminister Voionnaa und den kanadischen Staatsminister Dandurand. Nach Genehmigung der Tagesordnung für die neue Session beantragte Chamberlain die Absetzung des englischen Antrages auf Herabsetzung der Zahl der jährlichen Ratstagungen von 4 auf 3 auf die Dezembertagung. Der Rat beschloß dementsprechend und nahm auch die Vertagung des Salamis-Falles bis Dezember in Aussicht, falls die überfüllte Tagesordnung die Erledigung in der jetzigen Tagung nicht mehr gestatte.

Im Anschluß hieran begann die öffentliche Sitzung des Rates, in der der ungarisch-rumänische Streitfall zur Behandlung gelangte.

Die öffentliche Sitzung begann mit der Verlesung des Berichtes des für diese Frage eingesetzten Dreier-Komitees (England, Japan und Chile) durch den Berichterstatter Außenminister Chamberlain. Der Bericht stellt nach eingehender Darstellung der historischen Entwicklung des Konfliktes folgende Rechtsgrundsätze zu seiner Beilegung fest:

„Schaffung einer Agrarreform, die nicht im Gegensatz zu den Bestimmungen des Friedensvertrages steht. In der Behandlung der Ungarn und Rumänen bei der Durchführung der Agrarreform dürfe keinerlei Ungleichheit bestehen. Das Ratskomitee schlägt vor, Rumänien zur Ernennung eines Ersatzrichters aufzufordern. Die beiden Parteien sollen sich auf die allgemeinen Rechtsgrundsätze des Gutachtens einigen. Im Falle einer Ablehnung durch Ungarn soll Rumänien von der Ernennung eines Ersatzrichters für den gemischten ungarisch-rumänischen Schiedsgerichtshof absehen. Im Falle einer Ablehnung durch Rumänien soll der Rat die Maßnahmen ergreifen, die für das Infunktiontreten des gemischten Schiedsgerichtshofes notwendig sind. Der Bericht stellt fest, daß der Völkerbundsrat mit diesen Vorschlägen seine Rolle erfüllt habe."

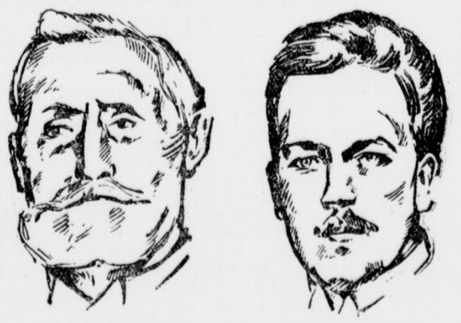
Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte, die die verschiedenartigen Auffassungen der Ratsmitglieder scharf zutage treten ließ, legte der 82jährige Erste ungarische Delegierte Graf Apponyi in einstündiger formvollendeter Rede den Standpunkt der ungarischen Regierung dar. Er erklärte, daß er im Namen der ungarischen Regierung die Vorschläge des Ratskomitees zu seinem größten Bedauern nicht annehmen könne, da die Vorschläge im Gegensatz zu den Bestimmungen des Völkerbundspaktes sowie des Vertrages von Trianon und besonders zu den Grundsätzen der Schiedsgerichtsbarkeit ständen. Ungarn fordere lediglich, daß die Streitfälle durch den im Vertrag von Trianon geschaffenen ungarisch-rumänischen Schiedsgerichtshof entschieden würden. Nachdrücklich wies Graf Apponyi darauf hin, daß es sich in dem Streitfall um die rein prinzipielle Frage der Anerkennung des Schiedsgerichtsgedankens handele. Der Hauptgrundsatz des Völkerbundes sei die Schiedsgerichtsbarkeit; die Friedensverträge hätten den Schiedsgerichtsgedanken als Grundlage ihrer rechtlichen Bestimmungen. Die Vorschläge des Ratskomitees, die eine Einschränkung der rechtlichen Souveränität der Schiedsgerichtsbarkeit bedeuteten, seien eine ernste Gefahr für den Völkerbund. Das Vertrauen sei allgemein nicht so gefestigt, wie man es im Völkerbundsrat annehme. Eine Besprechung der Grundsätze der Schiedsgerichtsbarkeit durch den Rat würde in der öffentlichen Meinung das Vertrauen zum Völkerbund aufs ernsteste gefährden. Der Rat habe eine politische Autorität, das Gericht jedoch eine rechtliche und hierdurch auch eine moralische Autorität, die zu verletzen der Rat nicht befugt sei. Die ungarische Regierung müsse es ferner ablehnen, dem Rat ein Recht zur Interpretation der Friedensverträge zuzugestehen. Graf Apponyi schloß mit einem Appell an den Rat, seine Vorschläge nochmals zu prüfen. Er forderte Rumänien auf, der Klärung der zwischen den beiden Ländern bestehenden Rechtsfragen auf dem Wege richterlicher Entscheidung zuzustimmen.

Die Erklärungen des Grafen Apponyi, die dieser im Namen seiner Regierung und unter Betonung seiner eigenen vollen Verantwortlichkeit für seine Ausführungen abgab, wurden allgemein mit größter Aufmerksamkeit und Spannung aufgenommen. Sein Hinweis darauf, daß er seit 50 Jahren ein treuer Diener seines Landes sei, jedoch gegenwärtig vor dem Rat nicht die Sache Ungarns, sondern die Sache des Völkerbundes und insbesondere des großen unverletzlichen Prinzips der Schiedsgerichtsbarkeit vertrete, rief allgemein stärksten Eindruck hervor.

In der Nachmittagssitzung des Rates wird der rumänische Außenminister Titulescu das Wort ergreifen.

Einweihung des Universitätsinstituts für internationale Politik.

w **Genf,** 16. Sept. Der schweizerische Bundesrat und die Kantonal- und städtischen Behörden von Genf hatten zu heute abend die in Genf anwesenden Vertreter der fremden Mächte, die Presse und einen Kreis ausgewählter Personen zu einer Festlichkeit in die Räume des Theaters geladen. Sie galt der Einweihung des in Genf neu gegründeten Universitätsinstituts für internationale Politik. Bei der Veranstaltung sprachen u. a. der schweizerische Bundespräsident, Loucheur, Sir Ceil Hurst, de Broucqere und Reichstagsabgeordneter Dr. Breitscheid, der mit seinen in deutscher Sprache vorgetragenen Ausführungen über Grundgedanken und Aufgaben einer solchen internationalen politischen Hochschule besonders reichen Beifall erntete. Ein Gesellschaftsabend im Foyer des Theaters, der glanzvoll verlief, schloß sich an.



Neue nichtständige Ratsmitglieder des Völkerbundes.
Senator Dandurand (Kanada) Gesandter Erich (Finnland).

Die Reichspräsident in Markienen und Bartenstein.

w **Bartenstein,** 17. Sept. Dem in Markienen weilenden Reichspräsidenten von Hindenburg brachten am Freitag abend die in der vaterländischen Arbeitsgemeinschaft Bartenstein zusammengeschlossenen Vereine einen Fackelzug dar, an dem sich viele Hunderte beteiligten. Wie die Bartensteiner Zeitung meldet, richtete der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft an den Reichspräsidenten eine Ansprache, in der er ausführte, daß Ostpreußen seinem Befreier in diesen Tagen aufs neue zujubele. Zur Bekräftigung des Treuegelöbnisses brachte der Redner ein dreifaches Hurra auf den Reichspräsidenten aus. Reichspräsident von Hindenburg dankte für die ihm zuteil gewordene Ehrung und sagte, er freue sich, wieder in der Provinz Ostpreußen weilen zu dürfen, an deren Befreiung er einst teilnehmen durfte und für die er bei deren exponierter Lage volles Verständnis habe. Er werde auch weiter seine Pflicht tun und hoffe dabei auf die Unterstützung aller. Seine Worte klangen in einem dreifachen Hurra auf das geliebte Vaterland aus. Am Samstag morgen begab sich der Reichspräsident von Bartenstein nach Graßnitz im Kreise Osterode.

Auf dem Wege zum Bahnhof Bartenstein durchfuhr heute Reichspräsident von Hindenburg von Markienen kommend, die Stadt. Die Straßen trugen reichen Flaggenschmuck, der Kraftwagen mit dem Reichspräsidenten, neben dem Exzellenz von Berg Platz genommen hatte, wurde von Blumen geradezu überschüttet. Am Bahnhof hatten sich zum Abschied der Landrat des Kreises Friedland, der Bürgermeister der Stadt Bartenstein und mehrere Magistratsmitglieder eingefunden. Namens der Bürgerschaft begrüßte der Bürgermeister den Reichspräsidenten, gab seiner Freude über den Besuch Ausdruck und teilte den Magistratsbeschluß mit, nach dem der neue Stadtwall den Namen Hindenburgwall erhalten soll. Er erbat dazu die Genehmigung des Reichspräsidenten. Der Herr Reichspräsident erwiderte auf die Ansprache, er gebe gern seine Einwilligung für die neue Bezeichnung des Stadtwalles.

Die heutige Ausgabe umfaßt 20 Seiten.

Oesterreichische Rundschau.

Die Pseudodemokratie und ihre Gefahren. — Die neueste „Los-von-Rom-Bewegung". — Die Quälereien der interalliierten Militärkommission.

L **Wien,** 14. September.

Seit der Julirevolte hat die österreichische Sozialdemokratie zwischen Links und Rechts geschwankt; auf der einen Seite schloß das Bekenntnis zum Ordnungsstaat den Abfall der Radikalen zum Kommunismus in sich, auf der anderen Seite mußte das Liebäugeln mit dem Bolschewismus bei Kleinbürgern und qualifizierten Arbeitern den Selbsterhaltungstrieb wachrufen. In diesem Dilemma hat sich die Sozialdemokratie, wie ihrem jüngsten Programm für die politische Herbstkampagne zu entnehmen ist, für eine Politik der Halbheit, entschieden. Auf der einen Seite wird mit Pathos erklärt: „Nur kommunistische Demagogen können empfehlen, daß österreichische Arbeiter mitten zwischen dem Italien des Mussolini und dem Ungarn Horthys ihre Hoffnung auf Gewalt setzen sollen, nein, vor die Karabiner des Herrn Schober hat uns die Bourgeoisie locken wollen. Wir wissen, daß wir die Befreiung des Volkes von dem Drucke der kapitalistisch-klerikalen Reaktion nur mit den Mitteln der Demokratie erringen können." Auf der anderen Seite aber geht die bisherige Klassenhetze, wodurch sich gerade der Austromarxismus so unvorteilhaft von seiner Bruderpartei im Reiche unterscheidet, womöglich noch schärfer weiter; in den Versammlungen wird geradezu zum Bürgerkrieg gehetzt, Oesterreich soll zum Hauptfeld des Klassenkampfes werden, von einer besonnenen Zurückhaltung verantwortungsbewußter Führer ist nichts zu merken. So wandelt sich die Demokratie zur Pseudodemokratie, zur Demokratie auf Kündigung; nach außen hin wird die demokratische Form, das Mehrheitsprinzip gewahrt. Im Innern aber spielt man lustig mit dem Feuer der Diktatur, obwohl gerade der Brand des Justizpalastes eine Mahnung daran sein sollte, daß man die Herrschaft über aufgeputschte Volksmassen allzu leicht verliert. — Im Streben nach persönlicher Veranschaulichung stellt man Seipel und Schober als die Hauptangriffsziele hin. Bürgermeister Seitz verlangt kürzlich die sofortige Entfernung des Polizeipräsidenten Schober, er soll als erstes Opfer fallen auf dem Wege der Eroberung der Staatsmacht durch den Austromarxismus.

Das zweite Opfer soll Bundeskanzler Dr. Seipel sein. Er hat in den schwersten Stunden die Fahnen der Demokratie hochgehalten, er hat den Versuchungen des Fazismus widerstanden. Politisch also kann man an ihn nicht heran; man sucht nun in Seipel den katholischen Priester zu treffen und entfacht eine neue „Los-von-Rom-Bewegung", diesmal unter der Parole „Kampf gegen die Autokratie". Die erste Los-von-Rom-Bewegung, die im Jahre 1897 in Oesterreich durch Wolf und Schönerer entfacht wurde, hatte eine nationale Parole; Deutschböhmen sollte durch Protestantisierung zur Angliederung an das protestantische Norddeutschland reif gemacht werden; in dieser Annexion erblickte man damals die einzige Möglichkeit, dem tschechischen Uebergewicht zu entgehen. Der Mißerfolg dieser ersten Los-von-Rom-Bewegung, deren sich heute protestantische Kreise selbst nur mit Scham und Unwillen erinnern, hindert die österreichischen Sozialisten nicht, in ähnliche Geleise einzubiegen. Schon interne Gründe sprechen dafür, und man hat auf dem Linzer Programm vom Jahre 1926 in dem Bestreben, das gläubige Landvolk für sich zu gewinnen, die Freidenkerbewegung in den eigenen Reihen zurückgedrängt; dieses ließ sich diese nicht gefallen, man muß ihn nun die Konzession eines erneuten Kampfes gegen die Kirche, gegen die „Seipel-Kirche" machen, und hetzt zum Kirchenaustritt. Seit Mitte Juli haben nach Bericht der Wiener „Arbeiter-Zeitung" 13 000 Oesterreicher der Kirche den Rücken gekehrt; eine Zahl, die absolut genommen, nichts besagt, aber für die Kampfesmethoden der österreichischen Sozialisten bezeichnend sind. Aus dem Vorangeführten mag das eine mit Sicherheit hervorgehen, daß die von liberaler österreichischer Seite lanierte Gründung eines „österreichischen Reichsbanners" eine glatte Unmöglichkeit ist; die Meldungen hiervon haben überall nur Heiterkeit hervorgerufen. So lange die österreichischen Sozialdemokraten sich kulturell linksradikal einstellen, ist hier an eine Versöhnungspolitik nicht zu denken.

Es darf nicht verwundern, daß bei dieser innerpolitischen Zerfahrenheit das Ausland Oesterreich nur allzugerne als politischen Unterhaltungsplatz benützt, wie dies insbesondere der europäische Skandal der interalliierten Militärkommission in Wien zeigt. Schon der Umstand, daß eine derartige Körperschaft noch immer besteht, wo analoge Kommissionen in Deutschland und auch in Ungarn längst aufgelöst sind, ist bezeichnend; noch mehr ihre Wirksamkeit. Hierfür ein Beispiel: Im Wiener Arsenal befinden sich Einrichtungen eines im Kriege erbauten großen Stahl- und Walzwerkes; im Frühjahr 1926 erklärte die Militärkommission plötzlich diese Anlagen als Rüstungsanlagen und erteilte den Auftrag, sie innerhalb dreier Monate zu „zerstreuen." Nun handelte es sich aber um Walzwerke und Martinöfen, wie sie jeder Industrielle auch in Oesterreich ohne weiteres herstellen darf. Für die „Zerstreuung" bestand keinerlei militärpolitische Berechtigung. Die Militärkommission aber beharrte auf dem Entschluß, der Fiskus mußte das Stahl- und Walzwerk tief unter dem Kostenpreise nach Polen abgeben und der Schaden für den Staat geht in Millionen Schilling. — Ein anderes Beispiel: Im Jahre 1922 — zu welcher Zeit bekanntlich der Weltkrieg längst beendet war — stellt die österreichische Heeresverwaltung in Wöllersdorf Munition her; die interalliierte Militärkommission hat diese ganz widerrechtlich beschlagnahmt. Ja sie hat sogar die Abtragung der Wälle um die Wöllersdorfer Pulvermagazine verfügt, obwohl diese seit 1920 überhaupt kein Pulver mehr enthalten. Offenbar gefällt den Herren von der Militärkommission das Wiener Leben recht gut; sich diesen Wiener Aufenthalt zu verlängern, ist ihre stete Sorge, daher die Sucht nach Anlaß zum amtieren. Bei den laufenden Sitzungen des Genfer Völkerbundes ist es der österreichischen Regierung wieder nicht gelungen, die Abrufung dieser Kommission durchzusetzen.

Die bedrohte Sicherheit.

In einigen Tagen tritt in Wiesbaden die Wissenschaftliche Gesellschaft für Luftfahrt zu ihrer 16. ordentlichen Mitgliederversammlung zusammen. Zu ihr wollte Professor Junkers auf einem seiner Flugzeuge von Dessau nach Mainz hinüberfliegen. Auch sollten aus diesem Anlasse einige Schauflüge stattfinden. Außerdem wollten 36 Reichswehroffiziere, die nach dem Pariser Maiabkommen zur Luftfahrt zugelassen sind, an der Tagung teilnehmen. Die Besatzungsbehörden haben nun Professor Junkers seine Luftreise versagt und den Reichswehroffizieren die Einreiseerlaubnis verweigert. Was soll man auch dazu wieder sagen? Professor Junkers erfreut sich in der ganzen Kulturwelt als Pionier des deutschen Flugzeugbaues größten Ansehens. Der Besatzungswahnsinn bringt es aber fertig, dieser internationalen Autorität einen Flug von Dessau nach Mainz zu verbieten. Noch lächerlicher ist das Einreiseverbot für die 36 Reichswehroffiziere. Wenn sich die 70 000 Mann Besatzungstruppen durch diese drei Dutzend Offiziere in ihrer Sicherheit bedroht fühlen, dann haben sie wirklich ihren Beruf verfehlt. Sie mögen sich samt ihren Generälen begraben lassen. Unsterblich blamiert sind sie auf alle Fälle.

Genfer Wahlsensationen.

(Von unserem Genfer Korrespondenten.)

jt **Genf**, 15. September.

Die nach der Neuordnung des Völkerbundsrates heute vorgenommene Ersatzwahl von drei neuen nichtständigen Mitgliedern des Rates hat eine neue Sensation gezeitigt. Für die ausscheidenden Staaten — Tschechoslowakei, Belgien und Salvador — bewarben sich bekanntlich außer Belgien, das den Antrag auf Wiederwählbarkeit gestellt hatte, im Ganzen fünf neue Kandidaten und zwar Finnland, Griechenland, Portugal, Cuba und Kanada. Nach Lage der Dinge waren die Chancen Cubas vollkommen gesichert, da laut bindender Abmachung mit Südamerika Cuba sozusagen an der Reihe war. Für fast ebenso sicher hielt man bis heute morgen die Aussichten Belgiens, das, so meinte man, kraft seiner allseitigen Beliebtheit und dank der Unterstützung der Großmächte (einschl. Deutschland) fraglos die notwendige Zwei-Drittelmehrheit in der Bundesversammlung finden werde. Portugal kam demgegenüber mangels geeigneter Vertreter und zufriedenstellender Ordnung im eigenen Hause kaum in Frage. Griechenland bzw. sein Kandidat Politis wurde von einigen Leuten als aussichtsreicher Bewerber angesehen, zumal Chamberlain hinter ihm stehen sollte. Da sich Herr Politis aber mit seinen beiden „Wahlreden" die Stimmen von 12 Staaten verscherzte (so sagte man in den Wandelgängen) blieben als Favoriten eigentlich nur Kanada und Finnland im Mittelpunkt des Interesses. Für Kanada sprach die Nützlichkeit auch einem Dominium einen Sitz zu geben — für Finnland wurde als durchschlagender Grund die Notwendigkeit angegeben, den baltischen Randstaaten eine Ratsstimme zu gewähren. Gegen diese Kandidaturen wurde geltend gemacht, daß die kanadische Stimme Amerika verärgere bzw. England zu sehr stärke — und daß die Wahl Finnlands eine Spitze gegen Rußland sei. Gründe und Gegengründe wurden leidenschaftlich erörtert, durch Wetten erhärtet und mit den kuriosesten Argumenten belegt. Alles in allem war man riesig gespannt.

*

Die Spannung war umsonst. Der heutige Morgen warf alle Kalkulationen über den Haufen, denn . . . Belgiens Anspruch wurde mit 3 Stimmen Mehrheit zurückgewiesen. Diese Niederlage Belgiens ist eine der kapitalsten Ereignisse in der Geschichte des Völkerbundes. Einmal ist er ein Sieg der Opposition (d. h. der Kleinstaaten) gegen die Locarno-Großmächte, die sich geschlossen für Herrn Vandervelde eingesetzt hatten. Die Regie der Großmächte hat versagt. Es gibt noch Zufälle im Völkerbund, die selbst Herrn Chamberlain in Erstaunen setzen können. Daß so etwas möglich ist, darf im Ganzen als sehr gesund angesehen werden. Solche Überraschungen beweisen, daß der Bund doch noch nicht ganz so verkalkt ist, wie die Kritiker meinen. Zweitens ist die Niederlage Belgiens zugleich eine Niederlage Frankreichs, weil Poincaré in Belgien einen zuverlässigen Stimmkameraden verliert. Ein kleiner Trost für England — ein gewisser Erfolg für Deutschland. Drittens bedeutet der Sieg der kleinen Staaten noch etwas Grundsätzlicheres: daß nämlich die Mehrzahl der Bundesversammlung durch ihr Votum das Prinzip der Wiederwählbarkeit verworfen hat. Das heißt: der Völkerbund ist gegen die Erblichkeit der Ratssitze und für die ständige Erneuerung. Er will Wechsel, Auffrischung, Belebung. Daß diese Anschauung ebenfalls gesund ist, liegt auf der Hand. Prinzipiell gesund — nicht allein deswegen, weil sich durch diese Demonstration die Aussichten Polens auf Wiederwahl in zwei Jahren merklich verringert haben. Insgesamt kann man also sehr viel Gründe aufführen, die die Abfuhr Belgiens günstig erscheinen lassen. Die Nationalisten unter den deutschen Zuhörern haben sich diese Gründe heute morgen reichlich zu Gemüte geführt und in Begeisterung geschwelgt. Leider muß man diese etwas primitive Freude durch einige herbe Hinweise verderben. Denn — bedauerlicherweise bedeutet die Niederlage Belgiens zugleich auch eine Niederlage des belgischen Außenministers Vandervelde, der trotz aller Mängel immerhin verständigungsfreundlich war. Kommt Vandervelde heim, so werden unsere heute so begeisterten Nationalisten sehr bald konstatieren müssen, daß die Niederlage Vanderveldes einen Sieg Herrn de Broqueviles und seiner deutschlandfeindlichen Clique nach sich zieht. Wie gut sich de Broqueville mit Poincaré alsdann über die Rheinlandräumung verständigen wird, braucht nach den Erfahrungen der letzten Woche keinem deutschen Nationalisten mehr gesagt werden. So gesehen ist der Sieg der Opposition vielleicht für Deutschland sehr unangenehm. Zu besonderem Freudengeheul liegt wenigstens keine Veranlassung vor.

*

Nach der Ablehnung Belgiens war die eigentliche Wahlspannung eigentlich verschwunden. Wurden jetzt drei Neuwahlen vorgenommen so war es klar, daß neben Kuba nur die beiden aussichtsreichsten Kandidaten — Finnland und Kanada in Frage kamen. Interessant blieb lediglich das Problem, mit welchen Mehrheiten gewählt wurde. Leider blieb auch dieses Interesse ziemlich unbefriedigt. Statt der prophezeiten 3 oder 4 Wahlgänge, der möglichen Stichwahlen und der nicht ausgeschlossenen Konkurrenz von neuen Außenseitern, wurde das ganze Problem in einem Wahlgang glatt erledigt. Kuba bekam 40, Finnland 33 und Kanada eine Stimme über die Wahlgrenze. Beachtenswert ist hieran nur, daß Finnland immerhin besser abschnitt, bzw. daß Kanada nur 3 Stimmen mehr bekam als Politis. Wichtiger als der Wahlakt, bei dem es übrigens zwischen den beiden Wahlmännern Stresemann und Chamberlain zu einer niedlichen Höflichkeitskonkurrenz kam, sind die Folgen. Statt Salvador, der Tschechoslowakei und Belgien sind jetzt Kuba, Finnland und Kanada im Rat. Kein Zweifel, daß diese Verschiebung den Einfluß Frankreichs vermindert und — vielleicht — die Stellung Englands stärkt. Über den kanadischen Vertreter, Herrn Dandurand, braucht man sich nicht zu streiten. Er ist Brite, wenn auch ein Freund der Schiedsgerichtsbarkeit. Der Kubaner — Herr Agueros de Bethancourt — ist ein unsicherer Kantonist. Er wird fraglos ein klein wenig mit Briand liebäugeln — ist zugleich aber auch Gesandter in Berlin, also ein Mann der in zwei Atmosphären lebt. Man muß abwarten. Warum in aller Welt sollte Kuba prinzipiell gegen Deutschland sein? Der finnische Vertreter, dessen Name noch nicht definitiv feststeht, ist, wie man sagt mehr von England als von Deutschland begünstigt worden. Er wird natürlich im Großen und Ganzen eine besondere Randstaatenpolitik zu treiben haben, weil er Wortführer des Baltikums ist. Positiv kann man zu seiner Wahl wenig aussagen. Man kann nur negativ feststellen: er ist bestimmt kein Gesolgsmann Frankreichs, bestimmt kein Freund Rußlands, bestimmt kein Feind Englands. Alles in allem darf man — vom deutschen Standpunkt gewertet — mit dem Ergebnis nicht unzufrieden sein.

Der Bericht über die Entschädigung der Ruhrindustriellen.

Objektive Verletzung des Etatsrechts. — Ueberzahlungen in erheblichem Umfange.

= **Berlin**, 17. Sept. **(Tel.)** Der Reichstags-Untersuchungsausschuß für die Entschädigung der Ruhrindustriellen hat nunmehr einen ausführlichen Bericht über seine Arbeiten abgeschlossen und ihn in einer umfangreichen Reichstagsdrucksache niedergelegt. Als Ergebnis der Verhandlungen bringt der Bericht das abschließende Votum des Ausschusses, in dem festgestellt wird, daß die Entschädigung der Ruhrindustriellen auf Grund einer rechtlich bindenden einklagbaren Verpflichtung des Reiches bezahlt worden sind. Weiter wird festgestellt, daß diese ohne Wissen des Reichstages vorgenommenen Zahlungen eine objektive Verletzung des Etatsrechtes des Reichstages darstellen, daß Ueberzahlungen in erheblichem Umfange erfolgt sind und daß die Entschädigung der Geschädigten, mit denen ein Sonderabkommen getroffen worden war, wesentlich günstiger gewesen ist als die Entschädigung der übrigen durch die Ruhrbesetzung Geschädigten. Endlich stellt der Bericht fest, daß unbestritten eine ausreichende Abgeltung der Arbeiter- und Angestelltenschaft sowie des gewerblichen Mittelstandes des Ruhrgebietes bis heute noch nicht vollständig erfolgt sei.

Deutsches Reich.

Der sozialistische Flaggenantrag im Essener Stadtparlament.

w **Essen**, 16. Sept. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wurde der Flaggenantrag der Sozialdemokraten besprochen. Oberbürgermeister Bracht erklärte, daß die städtischen Gebäude bei festlichen Veranstaltungen, wie bisher, in den Reichsfarben flaggen würden. Ueber die Beflaggung der inneren Räume bei Veranstaltungen festlicher Art könnten keine Vorschriften erlassen werden. Die zwei anderen Punkte, wonach die Teilnahme des Oberbürgermeisters und der leitenden Beamten nur an solchen festlichen Veranstaltungen gestattet sein soll, wo die Reichsfarben gezeigt würden, sowie der Antrag auf Boykottierung der Hotels, die an den Festtagen der Republik nicht die Reichsfarben hissen, wurden dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Amerikanische Gabe für die Hindenburgspende.

w **Berlin**, 17. Sept. **(Tel.)** Dr. med. h. c. Henry Heide aus Newyork, einer der größten Bonbon-Fabrikanten Amerikas, der vor wenigen Tagen vom Reichspräsidenten empfangen worden war und dem zu Ehren der Reichskanzler ein Frühstück gegeben hatte, hat dem Reichskanzler kurz vor seiner Abreise aus Deutschland mit dem Danke für die herzliche Aufnahme einen bedeutenden Geldbetrag für die Hindenburgspende übersandt. Bekanntlich hat Heide sich als gebürtiger Westfale sowohl während des Krieges wie in der Nachkriegszeit große Verdienste namentlich durch die von den Quäkern organisierten deutsch-österreichische Hilfe erworben.

Die Kommunistische Landtagsfraktion hat an den Präsidenten des Preußischen Landtages ein Schreiben gerichtet, in dem sie — im Hinblick auf die Mietserhöhung am 1. Oktober und die Notwendigkeit einer öffentlichen Behandlung der Konkordatsfrage — die Einberufung des Landtages noch vor dem 1. Oktober fordert und zwar zum 27. September.

Der frühere Reichsfinanzminister Reinhold wurde von Präsident Coolidge empfangen, dem er durch den deutschen Geschäftsträger Botschaftsrat Dr. Kiep vorgestellt wurde. Zu Ehren Reinholds veranstaltete der Geschäftsträger ein Frühstück, an dem führende amerikanische Persönlichkeiten teilnahmen.

Die amerikanischen Legionäre in Cherbourg.

w **Paris**, 16. Sept. **(Tel.)** Heute früh 3 Uhr ist der Dampfer Leviathan mit Mitgliedern der amerikanischen Legion unter Führung des Generals Pershing an Bord, begleitet von zwei amerikanischen Torpedobootszerstörern, in Cherbourg angekommen. Die amerikanischen Legionäre, die ihre Fahne entrollt hatten wurden mit Musik empfangen. Drei Wasserflugzeuge kreuzten während der Landung. Sie haben die Weiterreise nach Paris angetreten.

Anläßlich der bevorstehenden Feiern in Paris zu Ehren der amerikanischen Legion erlassen die Bürgermeister und Gemeinderäte des sozialistischen Städteverbandes der Pariser Vororte einen Aufruf, in dem sie erklären, es sei ihnen nicht möglich, an den öffentlichen Feierlichkeiten teilzunehmen, noch weniger die Bevölkerung zur Teilnahme aufzufordern. Der Mord an Sacco und Vanzetti sei noch zu frisch in Erinnerung, als daß man das Verbrechen vergessen könne. Sie forderten daher alle Mitbürger auf, die offiziellen Feierlichkeiten zu Ehren der amerikanischen Legion in größter Gleichmütigkeit sich abrollen zu lassen.

Angora und Smyrna.

r **Konstantinopel**, 10. September.

Ghazi Mustafa Kemal ist nicht nur der unbeschränkte Herr der neuen türkischen Republik, er ist auch Vorsitzender der republikanischen Volkspartei. Als Parteimann wandet er sich vor den jetzt getätigten Wahlen an seine lieben Volksgenossen mit einem Wahlaufruf. Dieser Aufruf ist der originellste von allen Wahlaufrufen, die uns auf unserer internationalen Wanderschaft durch die Welt je einmal zu Gesicht kamen.

Der Vorsitzende der republikanischen Volkspartei entwirft nämlich in seinem Wahlaufruf einen Grundriß der türkischen Geschichte vom Jahre 1920—1927. Diese türkische Geschichte ist aber sein Werk. Vor wenigen Jahren noch hilflos und ohnmächtig, erfreut sich heute die Türkei einer Freiheit und Achtung in der Welt, die dadurch in die Erscheinung tritt, daß Angora von allen Mächten umworben wird. Ghazi Mustafa Kemal tat gut daran, seinen Türken dies wieder einmal zum Bewußtsein zu bringen. Nötig war es eigentlich nicht, denn sein Ansehen ist über alle Maßen groß. Zum Schluß seines Aufrufes findet sich eine Kandidatenliste der republikanischen Volkspartei, die mit der Unterschrift des Ghazi versehen ist.

Andere Kandidatenlisten und andere Wahlaufrufe gab es überhaupt nicht. Infolgedessen waren die Wahlen, die vom 1. bis zum 5. September stattfanden, reine Formsache. Die Türken lassen sich auch zum Wählen Zeit, aber sie wählten fast überall, sicherlich aber durchgehend einstimmig mit der Liste ihres Ghazit. Wenn daher die republikanische Volkspartei im Oktober in Angora einzieht, dann findet sie keine Opposition vor. Ihre Alleinherrschaft ist unbestritten. Mussolini mag schon mit einigem Neid von Rom nach Angora herüberblicken.

Der Sinn dieser Wahlen kommt einem erst so recht zum Bewußtsein, wenn man die neugewählten türkischen Volksvertreter bezw. die neue Kandidatenliste mit der alten vergleicht. Der Ghazi hat nämlich nicht weniger als 82 Abgeordnete der alten Liste gestrichen. Alle jene Parlamentarier, die in der letzten Legislaturperiode gegen ihn gingen, die in Prozesse verwickelt waren, in Aufstandsbewegungen, Verschwörungen, oder die sich sonst etwas zuschulden kommen ließen, kehren in das neue Parlament nicht wieder. Viele, die sich berufen glaubten, wurden nicht ausgewählt.

Von grundlegender Bedeutung ist die Entmilitarisierung der Nationalversammlung durch Ghazi Mustafa Kemal. Anstelle zahlreicher und hochverdienter Generäle treten jetzt Großkaufleute, Industrielle, Wissenschaftler und Journalisten. Das neue Arbeitsprogramm des Parlaments bedingte offenbar diesen Personenwechsel. Der Ghazi will das türkische Volk mit den neuesten Prinzipien des Westens durchdringen und den wirtschaftlichen Aufbau, sowie die Gesundung der türkischen Volkswirtschaft beschleunigen. Aus diesen Gründen mußten Männer der Wirtschaft und Wissenschaft in die Nationalversammlung einziehen

Wenn der Vergleich auch hinkt, was schließlich von allen Vergleichen gilt, so spielt in der jungen Türkei die Smyrnaer Wirtschaftszone ungefähr die gleiche Rolle, wie das rheinisch-westfälische Industriegebiet im deutschen Reiche. Smyrna selbst hat bekanntlich bei dem großen Brande zwei Drittel seines Bestandes eingebüßt. Das Brandfeld ist aber längst wiederum für Neubauten freigegeben. Vorerst dominieren die Regierungsgebäude und Baulichkeiten einiger Großhandelsfirmen. Im Europaviertel geht es schon längst wieder lebhaft her, aber die kleinen Häuser, die jetzt vielfach von den Türken gebaut werden, wollen, wie uns scheint, garnicht so recht in den schönen Golf von Smyrna hineinpassen. An Stelle der alten Pracht tritt jetzt soziale Einfachheit und wirtschaftliche Zweckmäßigkeit. Smyrna ist eben in der Hauptsache Ausfuhrhafen.

Anders das Smyrnaer Wirtschaftsgebiet, das die Vilajets, Smyrna, Aidin, Monglea, Dentzli- Sparta, Bondur, Magnesia, Belikesser, Kutahia und Asion umfaßt. Hier liegt das eigentliche Industriebecken der Türkei. Etwa 5 Millionen Menschen wohnen auf diesem Gebiete, von denen rund 1 Million dem Arbeiterstande angehört. Die Zahl der Fabrikbetriebe beläuft sich auf etwa 1000.

Zu den Fabrikbetrieben rechnen die Türken auch 180 Mühlen, die mit motorischer Kraft betrieben werden. Die etwa 3000 Wassermühlen werden nicht mitgezählt. Es verdient aber Beachtung, daß in diesem Wirtschaftsgebiete allein 4 400 Müller beschäftigt werden. Hier stehen auch 162 Oelpressen 40 große Trockenanlagen der Rosinenproduktion, und 45 Seifenfabriken. Trotzdem führt Smyrna allein aus Marseille jährlich immer noch 60 000 Klg. Seife ein. Sehr wertvoll ist das Rosenöl, das hier gewonnen wird, doch ist das hochgeschätzte echte türkische Rosenöl sehr selten, denn die gesamte Jahresgewinnung beläuft sich auf kaum 50 Klg. Dagegen werden hier im Jahre etwa 50 000 Klg. Lorbeerblätter und Weihrauchkörner gesammelt.

Von größter Bedeutung ist die Teppichindustrie mit rund 12 000 Klein- und Großbetrieben und über 35 000 Arbeitern. Sämtliche orientalischen Teppiche stammen entweder aus Anatolien oder aus Persien. Dieser ganzen Industrie, wie auch ihrem Handel, haftet der Schimmer der Romantik an. Sie lauert hinter den dunkelgrünen Orangenbäumen und hinter den hohen steinernen Mauern der Betriebe, in Smyrna, in den Gärten und auf den Hügeln von Anatolien.

Manöver und Luftkrieg.

ei **Rom**, 11. September.

(Von unserem italienischen Mitarbeiter.)

Zum ersten Male werden demnächst in Italien Flugzeugübungen im Manöverstil stattfinden, d. h. Uebungen in einheitlichen Verbänden zum Unterschied der bisher üblich gewesenen, die sich auf die aeronautischen Hilfsdienste für Heer und Flotte beschränkten und die als solche natürlich beibehalten werden. Wie man sieht, zeichnen sich hier die Linien des Zukunftskrieges ab, in dem besondere Schlachten zwischen feindlichen Flugzeug-Flotten ausgetragen werden dürften. Diese ersten italienischen Luftmanöver sollen am 15. September durch einen Vortrag des Leiters der Uebungen eingeleitet werden, während diese selbst sich bis zum 21. September erstrecken werden, an welchem Tage alle mobilisierten Geschwader auf dem großen Flugfeld von Arviano im Friaul zur abschließenden Parade vereinigt werden sollen. Theoretisch werden die Manöver eine sehr weite Zone umfassen, mögen sie auch in der Praxis sich in einem engeren vorausbestimmten Bereich abspielen, was durch die Notwendigkeit der Kontrolle über die einzelnen Aktionen bedingt wird. Die Manöveridee ist, daß zwei Parteien einander in ganz Norditalien zwischen den beiden Punkten Ravenna und Genua, — diese Städte selbst nicht einbezogen, — gegenübertreten. Auf Seiten der blauen Partei nehmen die Bombardierungs- und Jagd-Gruppen der ersten Territorial-Zone, auf Seiten der roten Partei die entsprechenden Gruppen der zweiten Territorial-Zone am Manöver teil. Sitze der beiden Zonen-Kommandos sind gegenwärtig Mailand und Bologna, doch werden sie für die Dauer der Uebungen nach Ghedi und Aviano verlegt. Die Oberleitung wird in den Händen des Generalstabschefs der Kriegsluftflotte, General Armani, liegen, der in Padua residieren wird. Prämisse der Uebungen ist die angenommene Grenze zwischn 2 hypothetischen Staaten, was geboten schien, um die andere Prämisse zu vermeiden, als sei der Feind bereits in einen Teil des italienischen Territoriums eingedrungen. Man will eben durch die gewählte Form der Konzeption des kühnen Angriffsgeistes der nationalen Partei eine Unterlage bieten. Indeß sollen die Uebungen nicht nach hergebrachter Manöverart verlaufen, deren Ausgang eine siegende und eine unterliegende Partei vorsieht, vielmehr werden sie aus einer Reihe oft von einander unabhängiger, manchmal aber auch koordinierter Episoden bestehen, innerhalb deren eine möglichst reiche Skala von Möglichkeiten abzuwandeln wäre. Die gedachte Grenzlinie soll über den Mendelpaß, Cima d'Asta, die Hochebene der Sieben Gemeinden, die Monti Berii, das euganeische Hügelland und Rovige bis zum Mündungsgebiet des Po verlaufen.

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß Manöver, auch wenn ihr Betätigungsraum die Luft ist, stets mit abstrakten Kriegsgegnerschaften rechnen. Das gilt natürlich nicht nur für Italien. In Manövern einen Akt versteckter Feindseligkeit zu erblicken, wäre daher töricht. Immerhin wird man sich vor Augen halten müssen, daß infolge der aeronautischen Entwicklung die bisherigen Gebirgs- und Wasserlauf-Grenzen viel von ihrer Schutzkraft eingebüßt haben, was indeß wiederum von allen Grenzen gilt. Nun haben sich bereits seit einiger Zeit die militärischen Fachschriftsteller mit dem Aufschwung des deutschen Luftschiffahrtswesens beschäftigt, und sie setzen die Tätigkeit in einer ununterbrochenen Folge von Veröffentlichungen fort. In ähnlicher Weise, wie viele militärische Fachmänner herausgefunden haben wollen, daß der Versailler Vertrag uns mittels der Reichswehr zu einem unverhältnismäßig großen Heer von Offizieren und Unteroffizieren verholfen habe, schreibt man es gleichfalls Versailles zu, daß Deutschland heute, wie soeben wieder im „Giornale d'Italia" Dall'Ongaro versichert, an der Spitze der gesamten europäischen Luftschiffahrtsorganisationen stehe. Dall'Ongaro, der kürzlich einen Flug von Rom nach Moskau und zurück in sechzig Stunden unternommen hat, bespricht ausführlich die einzelnen Momente des deutschen aeronautischen Problems. Von Rom nach Moskau, von Konstantinopel nach Malmö, von Paris nach Warschau, schreibt Dall'Ongare, fliege man auf deutschen Flugzeugen, und mögen auch immer Namen und Farben wechseln, die Flugzeuge selbst seien stets deutschen Ursprungs: Junkers und Dornier. Es folgt eine Untersuchung der unter allen Gesichtspunkten hervorragenden Eigenschaften deutscher Flugzeuge, unter denen Dall'Ongaro besonders die reine Metallkonstruktion herhebt, die voraussichtlich von allen anderen Staaten nachgeahmt werden würde, was übrigens teilweise (England) bereits geschieht. — Für Italiener höchst interessant, aber in Deutschland nicht neu sind die Beobachtungen, die Dall'Ongaro in Rußland, namentlich auf dem Flugfeld bei Moskau, angestellt hat. Er findet, daß die russische Regierung zwar der Luftschiffahrt die lebhafteste Aufmerksamkeit zuwende, aber nicht über die nötige organisatorische und schöpferische Kraft verfüge, um einen Luftverkehr einzurichten, wie er ihr vorschwebe. Nach Dall'Ongare besitzen die Russen zwar zahlreiche Werkstätten für Teilkonstruktionen, doch seien sie außerstande, selbständig ein brauchbares Flugzeug herzustellen. Im ganzen stehe freilich auch hinter der russischen Luftschiffahrt der deutsche Techniker.

Dall'Ongaro, der sich, nebenbei bemerkt, deutschen Dingen gegenüber von jeher ohne Voreingenommenheit gezeigt hat, unterläßt es, auf die Frage der Verwendbarkeit von Verkehrsflugzeugen für militärische Zwecke einzugehen, wie dies von andrer Seite, auch in Italien, reichlich geschehen ist und geschieht. Dagegen beschäftigt er sich zum Schluß mit dem Problem des Nachtflugs, dessen Vorteile für den Friedensverkehr er fahrplanstatistisch darlegt. Er überläßt es aber dann dem Leser, sich auszumalen, was es unter Umständen bedeuten könne, daß tausende deutscher Piloten gleichsam „Europa bei Nacht" studiert haben.

Aus aller Welt.

Ein neuer polnisch-litauischer Zwischenfall.

w **Warschau**, 17. Sept. **(Tel.)** Wie eine aus polnischer Quelle stammende Nachricht besagt, überschritt am 15. Sept. ein litauischer Gendarm die polnische Grenze um 40 Meter. Von 2 polnischen Soldaten aufgefordert, die Waffen abzugeben, legte er auf einen der beiden Soldaten an, worauf er von dem anderen erschossen wurde.

Die Aussage Modugnos.

w **Paris**, 16. Sept. Ueber die Motive seines Attentats auf den italienischen Vizekonsul Nardini sagte Modugno in seiner heutigen Vernehmung aus, daß man seiner Frau den Paß verweigert habe, als sie ihm nach Frankreich nachkommen wollte. Er habe sich deshalb beim Generalkonsul melden lassen und sei vom Grafen Nardini empfangen worden, der ihm barsch erklärt habe, für die Angelegenheit erkläre er sich nicht zuständig, er sollte sich an den Gouverneur von Rom wenden. Daraufhin habe er den Vizekonsul erschossen. Weiter erklärte Modugno, daß er wegen angeblicher antifaszistischer Tendenz zum Zwangsaufenthalt verwiesen worden sei. Er habe an seinem Verbannungsort keine Arbeit gefunden und sei deshalb nach Paris geflüchtet.

Aus der Stadt.

Münster, 18. September.

○ **Von der Universität.** Dem Privatdozenten und Assistenten des Mathematischen Seminars in Jena, Dr. Heinz Prüfer, ist ein Lehrauftrag zur Vertretung der Geometrie in der philosophischen Fakultät der Universität Münster erteilt worden.

+ **Theater der Stadt Münster.** Die diesjährige Spielzeit des Theaters wird am Sonntag, den 18. 9. 27, abends 19 Uhr, mit einer Aufführung von Wagners' „Lohengrin" eröffnet. In den Hauptpartien sind beschäftigt: die Damen Else Kaethner (Elsa), Dody von Rhyn-Stellwagen (Ortrud), sowie die Herren Hubert Franz (Lohengrin), Dr. Balint (Telramund), Jacques Fresco (König). Die musikalische Leitung hat Kurt Overhoff, die szenische Hans Nikolaus Mang, der neue Oberspielleiter der Oper. Die Bühnenbilder sind nach Entwürfen von Hans Nikolaus Mang durch den Theatermaler Karl Busch angefertigt. Der Vorverkauf zur Vorstellung war bereits sehr rege, so daß es sich empfiehlt, sich rechtzeitig noch gute Plätze zu sichern. — Als 2. Vorstellung in dieser Spielzeit folgt am Dienstag, den 20. September, Ibsens' „Peer Gynt", mit der Musik von Grieg, in der Inszenierung von Dr Leo König und unter der musikalischen Leitung von Fritz Kaltenborn. Der Vorverkauf zu „Peer Gynt" beginnt am Sonntagvormittag, 10 Uhr.

♣ **Westf. Schule für Musik der Stadt Münster.** Das Wintersemester hat am 13. d. M. mit einem erfreulichen Schülerzugang begonnen. Aufnahmen finden noch täglich statt für alle Instrumentalfächer, Opern- und Schauspielklasse. Insbesondere wird darauf aufmerksam gemacht, daß es auch Nichtschülern der Anstalt möglich ist, an dem unter Leitung des Konzertmeisters Renger stehenden Kammermusikensemble teilzunehmen. Das Honorar hierfür ist sehr niedrig. Interessenten erhalten Auskunft im Sekretariat der Schule, wo auch die Anmeldung erfolgen kann. Mit Anfang des Wintersemesters ist der gesamte Musikunterricht in die Räume des Romberger Hofes, Neubrückenstraße 64, verlegt. In dem großen Saal am Alten Steinweg finden nur noch die Rhythmikstunden statt, für die eine erstklassige, in Wien ausgebildete Lehrerin, Frl. Brigitte Müller, verpflichtet ist. Alle bisherigen Teilnehmer und sonstige Interessenten wollen sich am Montag, den 19. d. M., abds. 6 Uhr zur Einteilung der Kurse dort einfinden. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß nur Damen und Mädchen in diese Kurse aufgenommen werden.

♣ **Alle ehemaligen Besucher des hiesigen Paulinischen Gymnasiums** seien auf die diesjährige Zusammenkunft hingewiesen, die am Mittwoch, den 21. d. M., stattfindet. In der Petrikirche wird am Morgen, 8,15 Uhr, eine hl. Messe für die verstorbenen Lehrer und Schüler der Anstalt gelesen; anschließend daran wird der Pater O. M. F Ulrich Hüntemann aus Rom eine kurze Festpredigt halten. — Um 16 Uhr gemeinsame Kaffeetafel in den Anlagen bei Kuhlmann auf St Mauritz. 20,30 Uhr folgt gemütliches Beisammensein in der Kreuzschanze.

⁂ **Beseitigung von baulichen Mängeln.** Auf eine Beschwerde der Ww. W. aus dem Hause Herrenstraße 27, gegen den Hausbesitzer war festgestellt worden, daß das Dach des betreffenden Hauses an vielen Stellen undicht war. Es waren Dachziegel zerbrochen, so daß das Regenwasser in die Wohnung der Witwe W. eindringen konnte. Da eine Gesundheitsgefahr für die Bewohner vorlag, erließ die Polizeibehörde an den Besitzer eine polizeiliche Verfügung, durch welche ihm aufgegeben wurde, für die Dichtung des Daches und die Erneuerung der Dachziegel Sorge zu tragen. Nach fruchtloser Beschwerde beim Regierungs- und Oberpräsidenten erhob der Hausbesitzer Klage beim Oberverwaltungsgericht, welches aber die Klage abwies und u. a. ausführte, vorliegend sei ein gesundheitsgefährlicher Zustand anzunehmen, wie aus den Ermittlungen des Hochbauamts und des Kreisarztes hervorgehe. Die Forderung der Polizei sei mithin berechtigt gewesen.

+ **Zum Ausklang der C. V.-er-Tagung.** Der Vorort des C. V. „Sauerlandia" und der Ortsausschuß zur Vorbereitung der 57. Cartellversammlung des C. V. danken der Bürgerschaft von Münster aufs herzlichste für die rege Anteilnahme, die sie an der Veranstaltung genommen hat. Der reiche Flaggenschmuck in den Straßen sowie die Blumenspenden beim Festzug dienten dazu, den äußeren Glanz der Tagung, zu der unerwartet viele Alte Herren und Cartellbrüder, selbst von weither gekommen waren, noch zu heben. Bei den Teilnehmern hat die schöne Stadt Münster unvergeßliche Eindrücke hinterlassen und alle waren des Lobes voll über die überaus herzliche Aufnahme, die sie in Münster gerade seitens der Bürgerschaft gefunden haben. Möge die Tagung dazu beitragen haben, das gute Verhältnis der Münsterischen Bürgerschaft zur Studentenschaft, insbesondere zu den Mitgliedern der 6 C. V.-Verbindungen, zu festigen. Die Teilnehmer der 57 C. V. werden sicherlich das ihrige tun, um für Münster und Münsters' Universität zu werben.

-+- **Ein kleiner Streit mit großem Sachschaden.** Samstagmittag 12,45 Uhr entspann sich zwischen zwei Schulknaben vor dem optischen Geschäft Brüggemann auf der Ludgeristraße ein Streit. Der jüngere der Streitenden, ein 12jähriger Knabe, boxte seinen Gegner. Dieser hatte sein Fahrrad an der Hand. Er stolperte und folg mit dem Rade in die Schaufensterscheibe, die zertrümmert wurde. Besonderer Schaden entstand dem Geschäftsinhaber noch dadurch, daß die im Fenster ausgestellten wertvollen Sachen stark beschädigt wurden.

♣ **Der „Pirol" beim Rheinischen Flugturnier.** Das Klemm-Daimler-Flugzeug der Luftfahrtvereinigung Münster ist heute morgen 6 Uhr zum Fluge nach Köln gestartet, wo es an dem morgen stattfindenden Rheinischen Flugturnier teilnehmen soll. Auch der Flug dorthin ist schon ein Teil des Wettbewerbes, indem dabei der Pünktlichkeits-Wettbewerb erledigt werden soll. Das Flugzeug, das Herr Seelbach führt und Herrn Büsking als Pflichtpassagier an Bord hat, muß in Düsseldorf eine Zwischenlandung vornehmen. Dort muß es zu einer Zeit, die in einem verschlossenen Umschlag angegeben ist, wieder starten und folgende Strecke fliegen: Düsseldorf—Köln—Bonn—Köln—Bonn—Köln—Düsseldorf—Köln. Dabei muß die Landung um 14,50 Uhr erfolgen. Fünf Minuten strafpunktfreie Zeit nach oben und unten sind zugelassen. Jede Minute vor 14,45 Uhr und nach 14,55 Uhr bedingen einen Strafpunkt. Eine Zwischenlandung ist nicht gestattet, sie schließt eine Wertung dieses Teiles des Wettbewerbes aus. In Köln, Bonn und Düsseldorf sind Wendemarken zu umfliegen. Die Ausschreibung stellt das Flugzeug vor eine schwere Aufgabe, da es eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 86 Kilometern in der Stunde leisten muß. — Am Sonntag findet zunächst ein Auf- und Abrüstungswettbewerb statt, bei dem die Abmontage nach einem Flug, glatte Beförderung des abmontierten Flugzeuges auf engem Raum und schließlich schnelle Aufmontage, das alles in möglichst kurzer Zeit, geprüft werden sollen. Während dieser Wettbewerb ebenso wie die dritte Prüfung, der Orientierungswettbewerb, mit einigen Veränderungen bereits bei deutschen Flugveranstaltungen durchgeführt worden ist, ist das Luftrennen mit Handicap für Deutschland etwas ganz Neues. Die Durchführung dieses Luftrennens entspricht etwa den Erfahrungen, die man in England bei dem Königspokal-Wettbewerb gemacht hat. Die neuartigen Ausschreibungen, die erst vor wenigen Wochen herausgekommen sind, haben einen starken Anreiz zur Teilnahme gebildet. Neben wertvollen Ehrenpreisen stehen beträchtliche Geldpreise zur Verfügung, um deren Erringung nach der endgültigen Nennungsliste insgesamt 26 Bewerber, die für die vier Prüfungen insgesamt 100 Nennungen abgegeben haben, kämpfen werden. Unter den Bewerbern trifft man viele Bekannte aus dem Sachsenflug.

❑ **Der Neubau des Städtischen Fuhrparks**, verbunden mit Unterbringungsräumen der Städtischen Berufsfeuerwehr, ist in Angriff genommen und mit der Aufführung der Grundmauern begonnen worden. Das auf dem Neubaugelände, ein ehemaliger Weidekamp, stehende Haus, wird abgebrochen.

♣ **Standesamtsnachrichten der Stadt Münster.** Sterbefälle: 16. September: Posthelfer Heinrich Brüggemann, 24 Jahre — Ww. Sofia Röser geb. Hain, 79 Jahre. — Arbeiter Jodokus Juncker, 67 Jahre. — Renterin Maria Meimberg, 55 Jahre. — Ww. Molkenbur geb. Schallenberg, 78 Jahre.

Der Arbeitsmarkt in Westfalen und Lippe.

Das Landesarbeitsamt Westfalen und Lippe in Münster, Warendorfer Straße 25, berichtet:

Ende August waren bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen in Westfalen und Lippe 51 920 männliche und 7 406 weibliche Arbeitsuchende, insgesamt 59 326 Arbeitsuchende vorhanden. Der Rückgang seit Mitte August beträgt 3,7 Prozent gegenüber 8 Prozent in der ersten Augusthälfte. Diese fühlbare Abschwächung kommt jedoch nicht unerwartet. Über dem Durchschnitt von 3,7 Prozent liegen sowohl die Regierungsbezirke Münster und Arnsberg mit rund 4 Prozent als auch der Freistaat Lippe mit 7 Prozent. Der Regierungsbezirk Minden dagegen liegt mit 0,7 Prozent erheblich darunter. Beachtlich ist die Verteilung der vielfach allerdings nur kurzfristig erwerbslosen Arbeitsuchenden auf die einzelnen Berufsgruppen. Der weitaus größte Teil entfällt auf 28 619 Arbeitsuchende gleich 48,2 Prozent auf die Gruppe: Lohnarbeit wechselnder Art. Der Anteil dieser Gruppe steigt seit Beginn des Jahres dauernd. Die Berufsgruppe: Metallindustrie folgt mit 6 627 Arbeitsuchenden gleich 11,2 Prozent erst in weitem Abstande. Bergbau- und Hüttenindustrie sind bei 5842 Arbeitsuchenden mit 9,8 Prozent an der Gesamtzahl beteiligt. In geringem Abstande schließt sich die Gruppe der Angestellten einschließlich der Techniker aller Art mit 5521 Arbeitsuchenden gleich 9,3 Prozent an. Die Gruppe: Häusliche Dienste macht mit 2374 Arbeitsuchenden nur noch rund 4 Prozent aus. Die restlichen 17,5 Proz